



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 2,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 1,25 Mark, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 12. bis 18. September ist die Beitragsmarke in das mit 38 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Betrifft: Legitimierung des Verbandsvorstandes (§ 14 Abs. 4 Verb.-Statut).

1. Verbandsvorsitzender: E. Bucher,
2. Verbandsvorsitzender: Ernst Hornte,
- Verbandskassierer: Heinrich Sobahl,
- Beisitzer: S. Hille-Hannover,
Paul Meier-Frankfurt a. O.
Martha Ritche-Potsdam,
Ernst Richter-Stettin,
Franz Schaller-Hamburg,
Paul Töpel-Magdeburg.

Betrifft: Inkrafttreten des neuen Statuts.

Mit der 39. Beitragswoche, am Sonnabend, den 25. September, schließt das 3. Quartal ab. Demnach tritt laut Verbandsratsbeschluss das neue Statut mit der 40. Beitragswoche, am 26. September, in seinem vollen Umfang in Kraft.

Alle Beitragsmarken dürfen von diesem Tage an — auch für etwaige Reste — nicht mehr verwendet werden. Es müssen alle bann noch in Umlauf befindlichen Quittungsmarken eingezogen und in derselben Woche von den Bahnstellenkassierern an die Gauleitung zurückgeliefert werden.

Das 4. Quartal beginnt mit der 40. Woche und schließt mit der 52. Woche ab. In dieser Zeit dürfen nur noch die neuen Eintrittsgelder und Beiträge verrechnet werden, die in folgender Höhe zu erheben sind:

bei einem Wochenlohn	Eintrittsgeld:	Beitrag:
1. Klasse bis 50 Mk.	1.— Mk.	1.— Mk.
2. Klasse über 50—100 Mk.	2.— Mk.	2.— Mk.
3. Klasse über 100—150 Mk.	2,50 Mk.	2,50 Mk.
4. Klasse über 150 Mk.	3.— Mk.	3.— Mk.

Vorläufig abgemeldete Mitglieder zahlen wöchentlich 40 Pf.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: E. Bucher, 1. Vorsitzender.

Produktive Erwerbslosenfürsorge.

Im Reichswirtschaftsrat hat nach dessen erstmaligen Zutritt der Genosse Wiffel folgenden Antrag eingebracht:

„Die anbauende Schließung von Betrieben bzw. die Beschränkung der Produktion bringt volkswirtschaftliche und soziale Schädigungen so schwerer Art, daß dringend die Wege zur Abwendung dieser Gefahren zu erforschen sind. Der Ausbau der heutigen Erwerbslosenfürsorge zu einer produktiven, deren Ziel die Steigerung der Warenerzeugung ist, erscheint unumgänglich geboten. Der gemäß Artikel 11 der Verordnung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat vom 4. Mai 1920. bestellte wirtschaftspolitische Ausschuss wird beauftragt, die hier in Betracht kommenden Fragen zu prüfen und dem Reichswirtschaftsrat Vorschläge zur Beschlussfassung zu unterbreiten.“

Ueber die weitere Behandlung dieses Antrages, der einem Arbeitsausschuss überwiesen wurde, gibt dieser einen Bericht, den S. Stähler im „Be-

leidungs-Arbeiter“ auszugswise veröffentlicht. Durch Vernehmung von Sachverständigen aus verschiedenen Berufen hat der Arbeitsausschuss ein reichhaltiges Material gesammelt, um daraus seine Schlüsse zu ziehen und entsprechende Vorschläge zu machen.

Vom Reichsarbeitsministerium wurden Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand der Erwerbslosenfürsorge und über die bereits eingeleiteten Maßnahmen gemacht, die zugunsten der Arbeitsbeschaffung unternommen wurden. Danach hat das Reich bereits im Jahre 1919 etwa 470 Millionen Mark an Zuschüssen für Notstandsarbeiten aufgewandt, bei denen 330 000 Arbeitskräfte beschäftigt wurden. Im Haushaltsplan für 1920 sind weitere 550 Millionen Mark für Unterstützung und produktive Erwerbslosenfürsorge vorgesehen, die sich durch die Zuschüsse der Einzelstaaten auf 1,3 Milliarden Mark erhöhen. Desgleichen hat der Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums, Professor Dr. Girsch, dem eingeleiteten Arbeitsausschuss Auskunft gegeben über die Maßnahmen seines Amtes, besonders auf den Gebieten der Balutastabilisierung und der Umgruppierung von Arbeitsmitteln und Arbeitskräften. Er beurteilte die gegenwärtige Krise nicht als einen Streik der Käufer, sondern als einen Zusammenbruch der Kaufkraft gegenüber den Preissteigerungen, die jeder Einkommenssteigerung weit vorausseilen. Das Reichswirtschaftsministerium hat besonders auf dem Wege der öffentlichen Auftragsvermittlung versucht, der Stilllegung von Betrieben und der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Der Arbeitsausschuss hat über seine Untersuchungen einen 34 Seiten umfassenden Bericht erstattet, der in seinem allgemeinen Teil die allgemeinen Ergebnisse der Vernehmungen der Sachverständigen wiedergibt und in einem besonderen Teil die besonderen Verhältnisse in der Schuh- und Lederindustrie, Textilindustrie, Baustoff- und Holzgewerbe (Ziegeleien, Kalksandsteinfabrikate, Holzproduktion, Holzhandel und Sägeindustrie), in Del- und Fettwirtschaft, Metallverarbeitung, Keramik, Seeschifffahrt und Hochseifscherei, in den graphischen Gewerben und unter den geistigen Arbeitern behandelt. Ein Schlussabschnitt enthält die Beschlüsse des Unterausschusses.

Wir lassen den ersten Teil im Wortlaut hier folgen:

„Es ist festgestellt worden, daß nahezu überall schwere Absatz- und Produktionsstörungen entweder schon eingetreten oder demnächst zu erwarten sind. Sie haben ihre Ursache nicht in einer Ueberproduktion, sondern in einer Unterkonjunktur, die überall auf die Steigerung der Warenpreise, weit über die allgemeine Kaufkraft hinaus, zurückzuführen ist. Diese Steigerung hat ihre Ursache im allgemeinen und in der Hauptsache nicht in der Höhe der tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter, sondern in erster Linie in den hohen Rohstoffpreisen. Neben ungerechtfertigt hoch erscheinenden Rohstoffpreisen kommen zum Teil übermäßige Fabrikations- und Handelsgewinne sowie unwirtschaftliche Produktions- und Vertriebsmethoden als erhebliche Ursache der überhöhen Preise in Betracht.“

Diese Umstände wirken, gesamtwirtschaftlich gesehen, um so nachteiliger, als in vielen Gewerbezweigen bei stark verminderter Gesamtproduktion und ebenfalls stark vermindertem Gesamtwarenumsatz die Zahl der Personen, die sich in diesen Gewerbezweigen als selbständige Unternehmer, Fabrikanten, Handwerker, Kaufleute oder Händler

betätigen, in wesentlichem Umfang gewachsen ist und weiterhin wächst. Die nachteilige Wirkung dieser Tatsache erhält noch ein besonderes Gepräge dadurch, daß die „neuen“ Unternehmer, Händler usw. im allgemeinen stärker als die „alten“, in den betreffenden Gewerbezweigen bodenständigen Elemente bestrebt sind, unangemessene Gewinne zu machen; dadurch tragen sie zum zweiten Male zur Verteuerung der Warenpreise in dem betreffenden Gewerbe bei.

Es ist immer wieder die Beobachtung gemacht worden, daß zwar bei steigenden Roh- und Hilfsstoffpreisen auch die Fabrikate, die noch mit billiger eingekauften Materialien hergestellt werden konnten, häufig zu höheren Preisen verkauft wurden, während Preisentungen der Fertigfabrikate, wie sie fallenden Materialpreisen entsprechen würden, mit dem Hinweis auf die hohen Einstandspreise der bei ihrer Herstellung tatsächlich verwendeten Stoffe abgelehnt wurden. Daher ergibt sich die Notwendigkeit, die Unternehmungen, besonders die in Gesellschaftsform arbeitenden, zu einer Finanz- und Gewinnverteilungspolitik anzuhalten, die einen besseren Ausgleich zwischen Konjunkturgewinnen und -verlusten für Fertigfabrikate herbeiführt.

Ein allgemeiner Abbau der Löhne und Gehälter und ein dadurch bewirktes Senken der Warenpreise könnte die Absatzstodungen zurecht nicht wirksam beheben. Er kommt ohnehin angesichts der heutigen Ernährungs- und Bekleidungsverhältnisse und angesichts der vielfach eingeleiteten Feierschichten noch nicht in Frage. Eine dauernde Belebung und Gesundung der Wirtschaft kann nur durch eine Ausgleichung der Warenpreise an die Kaufkraft erreicht werden. Die allgemeine Senkung der Warenpreise ist durch Beschränkung der Rohstoffpreise, der Fabrikations- und Handelsgewinne, durch Ermöglichung einer kontinuierlichen Produktion und durch Verbesserung der Produktionsmethoden zum Zwecke der Steigerung des Arbeitseffizits zu erstreben.

Ein wirklich durchgreifender Preisabbau kann nur durch eine nach den Gesichtspunkten höchster Wirtschaftlichkeit zu regelnde Mehrproduktion, insbesondere auch in der Landwirtschaft, erfolgen. Es kommt weiter vor allem darauf an, den verarbeitenden Gewerben durch paritätische Selbstverwaltungskörper und den Letztverbrauclern durch ihre Organisationen eine wirkliche Mitbestimmung bei der Preisbildung ihrer Bezüge zu sichern. Die für diesen Zweck tauglichen Mittel sind der Eigenart der Gewerbe anzupassen, werden aber nur selten ohne Inanspruchnahme von korporativer oder öffentlich-rechtlicher Normengebung zu erzielen sein.

Die besten Aussichten für erforderliche Eingriffe bieten zunächst eine Umgestaltung der Roh- und Eisenwirtschaft sowie eine Neugestaltung der Holzwirtschaft einschließlich der Papierindustrie und des Bau- und Baustoffwesens. Die Länder und Gemeinden verfügen über mehr als zwei Drittel der deutschen Holzproduktion. Zudem bietet die Regelung der Ansfuhr auch Gelegenheit, auf die Eisen- und Stahlpreise einzuwirken. Um zu verhüten, daß die Preisentungen in der Rohstoffindustrie von den anschließenden Gliedern in Verkehr und Produktion ausgebeutet werden, ist, sofern es zur Verhinderung von Preishochhaltung notwendig ist, ein System der gebundenen Preisbildung bis zum letzten Verbraucher in Aussicht zu nehmen.“

Im zweiten Teil werden vom wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Ausschuss Maß-

regeln allgemeiner Art beantragt, die darauf hincielen, den Abbruch und die Stilllegung durch vorherige Anmeldung und Abhängigmachung einer Genehmigung entgegenzuwirken. Keraxer sollen Rohstoffe und sonstiger Bedarf der heimischen Wirtschaft, soweit notwendig, für das Inland durch Ausfuhrverbote oder Ausfuhrkontrolle sichergestellt werden.

Weiter heißt es in den Anträgen:
„Während der durch die Krise erzwungenen Kurzarbeit ist den Arbeitern pro ausgefallene Arbeitsstunde nach festzulegenden Richtlinien ein noch zu bestimmender Prozentsatz des tarifmäßigen Mindestlohnes aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu vergüten. In der Erwartung, daß die Durchführung der vom Unterausschuß vorgeschlagenen Mittel und Wege die völlige Arbeitslosigkeit stark einschränken und nur solche Fälle von Arbeitslosigkeit übrig lassen wird, die sowohl vom Standpunkte des einzelnen Arbeitlosen als auch vom Standpunkte der Allgemeinheit aus als persönlich unvermeidbar und objektiv vermeidbar anzusehen sind, ist die formale zeitliche Begrenzung der geldlichen Erwerbslosenunterstützung auf 26 Wochen für die Zukunft fallen zu lassen.“

Es ist zu prüfen, welche Hemmnisse einem angemessenen Abbau der Preise aus der stark entwickelten, aber unkontrollierten privaten Strafjustiz der Verbände erwachsen und welche gesetzlichen administrativen Maßnahmen dagegen in Betracht zu ziehen sind.

Es ist zu prüfen, ob das Schlagen und Sieben von Erlen aus eingeführten Velfrüchten nach § 11 Abs. 2 der Ausführungsvorschriften vom Umsatzsteuergesetz befreit werden kann.

Das Kohlenabkommen von Spa bedingt eine Umstellung der deutschen Industrie, damit Arbeit, Rohstoffe und Kapital nicht mehr für die Erzeugung wirtschaftlich unwichtiger Waren, sondern zugunsten des Exports und des notwendigen Inlandsbedarfs verwendet werden. Die dazu erforderlichen Maßnahmen sind baldmöglichst in die Wege zu leiten.“

Die unter III angeführten Beschlüsse beziehen sich auf die Holzwirtschaft, Schiffsindustrie, Schiffahrt, Schiffbau und Hochseefischerei.

Für den Unterausschuß berichtete Genosse Wiffel an Stelle des durch Krankheit verhinderten Berichterstatters Prof. Dr. Herfer am 10. August in der Vollsitzung des wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschusses. Hierbei zeigte es sich, daß gewisse Unternehmerrgruppen mit den weitgehenden Feststellungen des Berichtes und mit seinen Schlussfolgerungen nicht einverstanden waren. Der Vertreter des Großhandels, Herr Dr. Reinath, trat als ihr Wortführer auf, und man versuchte die

ganze Angelegenheit dem Plenum des Reichswirtschaftsrats zu überweisen. Dem stand ein Beschluß vom 14. Juli entgegen, der die vereinigten Ausschüsse beantragte, den Bericht zu erledigen und der Vertagung nicht gelang, stellten die Arbeitgebervertreter Anträge zur Umänderung des Berichtes, die auf eine Wiederherstellung der freien Wirtschaft, freie Preisentwicklung, Hervorhebung des Anteils der Lohnsteigerungen an der Preisgestaltung und Bekämpfung der gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen zielten. Die nach Gruppen vorgenommene Abstimmung ergab jedoch in allen Fällen die Ablehnung der Anträge der Arbeitgeber. Da der Reichswirtschaftsrat keine gesetzliche Körperlichkeit, sondern nur ein Gutachterparlament ist, liegt es an der Regierung, ob sie die notwendigen Maßnahmen ergreifen wird, um das Wirtschaftsleben im Sinne der gefassten Beschlüsse in gesunde Bahnen zu lenken.

Erste Sitzung des Verbandsvorstandes.

Am Sonntag, den 29. August d. J. trat der neugewählte Verbandsvorstand zu seiner ersten Sitzung in Berlin zusammen. Anwesend waren der 1. Vorsitzende Kollege Bucher, der 2. Vorsitzende Kollege Hornke, der Verbandskassierer Lodahl, die Beisitzer Kollege Richter-Stettin, Kollege Meier-Frankfurt a. L., Kollege Schaller-Hamburg, Kollege Toepel-Magdeburg und die Kollegin Ritsche-Potsdam. Kollege Hille-Namover fehlte entschuldigend. Außerdem nahmen an der Sitzung teil der Redakteur der „Solidarität“, Kollege Schulze und der Vorsitzende des Verbandsbeirats, Kollege Schmidt-München.

Der Vorsitzende eröffnete um 1 Uhr nachmittags die Sitzung und wies in seiner Begrüßung auf die besonderen Aufgaben hin, die der Verbandsvorstand zu erfüllen hat. Die Vorstandsmitglieder haben bei allen ihren Handlungen nur das Wohl der Gesamtmitgliedschaft zu fördern.

Durch die Abwesenheit des Kollegen Hille veranlaßt, wird zunächst dahingehend entschieden, daß die gewählten Stellvertreter erst dann zur Teilnahme an den Sitzungen berechtigt sind, wenn das ordentliche Mitglied aus dem Vorstand ausscheidet.

Bei der Beratung der Geschäftsordnung wendet sich der Verbandsvorsitzende gegen die Angriffe, die in einem Teil der Arbeiterpresse gegen die Zusammenkunft des Verbandsvorstandes erschienen sind. In eingehender Aussprache verwarfen sich die Vorstandsmitglieder gegen die beleidigenden Anwürfe der „Propagandakommission“, nach deren

Meinung nur die Mitglieder der größten Zahlstelle die Fähigkeit besitzen, ein Amt im Verbandsvorstand zu bekleiden.

Zum Schriftführer wird Kollege Meier gewählt, mit der Führung des Beschlusprotokolls Kollege Schulze betraut.

Zur Teilnahme eines Mitgliedes der Revisionskommission an den Vorstandssitzungen wird beschlossen, daß der Obmann auf seinen Antrag an den Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen kann.

Ueber die Sitzungen soll ein referierender Bericht in der „Solidarität“ veröffentlicht werden.

Der Ausschluß eines Mitgliedes aus dem Verbandsvorstand kann nur mit Einverständnis des Beirats erfolgen. Im Uebrigen werden die Bestimmungen der bisherigen Geschäftsordnung angenommen.

Die Zahlstelle Berlin hat entgegen dem Beschluß des Verbandstages und der statutarischen Bestimmungen die ihr übertragene Wahl der Revisions- und Reaktionskommission abgelehnt. Es ist dies auf das Bestreben der „Propagandakommission“ zurückzuführen, den Verbandsvorstand in seiner Tätigkeit zu behindern. Auch in Hamburg verjagte Walter Berlin als Abgeordneter dieser Kommission für die Sabotierung der Verbandstagsbeschlüsse zu wirken. Es wird beschlossen, zur Vermeidung einer Revision der fälligen Quartalsabrechnung die Zahlstelle Potsdam anzufordern, eine provisorische Revisionskommission zu bestimmen. Der Verstoß der Berliner Zahlstelle wird beschwerdeführend dem Verbandsbereich zur Erledigung überwiesen.

Auf Anfrage aus einigen Gauen wird beschlossen, daß in Fällen, wo zur Vertriebswahl nur ein Kandidat in Vorschlag gebracht wurde, von einer Urwahl Abstand genommen werden kann. Im Falle Magdeburg, wo mehrere Kandidaten vorgeschlagen wurden, müssen alle Vorschläge auf die Stimmzettel kommen. Eine besondere Kandidatenwahl in einer Zahlstelle ist nicht statthaft. Im Gau X kann nur dann von der Urwahl Abstand genommen werden, wenn einer der beiden Kandidaten von vornherein als Stellvertreter aufgestellt wurde.

Im Gau Leipzig ist Kollege Walter Meyer seit dem 1. August vorbehaltlich der Zustimmung des Verbandsvorstandes als Gauleiter angestellt worden. Der Verbandsvorstand gibt nachträglich seine Zustimmung.

Durch die Wahl des Kollegen Hornke als 2. Verbandsvorsitzender und die Teilung des Gaus VII hat sich die Ansiedlung zweier Gauleiteranstellungen notwendig gemacht. Es sind sieben Bewerbungen eingegangen. Unter Zu-

Immensee.

Von Theodor Storm.

Meine Mutter hat's gewollt.

Einige Tage nachher, es ging schon gegen Abend, sah die Familie, wie gewöhnlich um diese Zeit, im Gartenfaal zusammen. Die Türen standen offen; die Sonne war schon hinter den Wäldern jenseits des Sees.

Reinhard wurde um die Mitteilung einiger Volkslieder gebeten, welche er am Nachmittage von einem auf dem Lande wohnenden Freunde geschickt bekommen hatte. Er ging auf sein Zimmer und kam gleich darauf mit einer Papierrolle zurück, welche aus einzelnen sauber geschriebenen Blättern zu bestehen schien.

Man lehrte sich an den Tisch, Elisabeth an Reinhard's Seite. „Wir lesen auf gut Glück“, sagte er, „ich habe sie selber noch nicht durchgesehen.“

Elisabeth wollte das Manuskript auf. „Hier sind Noten“, sagte sie, „das müßt du singen, Reinhard.“

Und dieser las nun werth einige Tiroler Schnaderhüpfl, indem er beim Lesen je zweiweilen die lustige Melodie mit halber Stimme anklängen ließ. Eine allgemeine Heiterkeit bemächtigte sich der kleinen Gesellschaft. „Wer hat doch aber die schönen Lieder gemacht?“ fragte Elisabeth.

„Ei“, sagte Erich, „das hört man den Dingen schon an; Schneidbergelassen und Frieseure, und derlei lustiges Gefindel.“

Reinhard sagte: „Sie werden gar nicht gemacht; sie wachsen, sie fallen aus der Luft, sie fliegen über Land wie Mariengarn, hierhin und dorthin, und werden an tausend Stellen zugleich gesungen. Unser eigenstes Tun und Leiden finden wir in diesen Liedern; es ist, als ob wir all' an ihnen mitgeholfen hätten.“

Er nahm ein anderes Blatt: „Ich stand auf hohen Bergen.“ „Das kenne ich!“ rief Elisabeth. „Stimme nur an, Reinhard, ich will dir helfen.“ Und nun sangen

die jene Melodie, die so räthelhaft ist, daß man nicht glauben kann, sie sei von Menschen erdacht worden; Elisabeth mit ihrer etwas verdeckten Altstimme dem Tenor sekundierend.

Die Mutter sah inzwischen emsig an ihrer Näherei. Erich hatte die Hände ineinandergelegt und hörte andächtig zu. Als das Lied zu Ende war, legte Reinhard das Blatt schweigend beiseite. — Vom Ufer des Sees herauf kam durch die Abendstille das Geläute der Herdenglocken; sie hörchten unwillkürlich; da hörten sie eine klare Knabenstimme singen:

„Ich stand auf hohen Bergen
Und sah ins tiefe Thal“
Reinhard lächelte: „Hört Ihr es wohl? So geht's von Mund zu Mund.“

„Es wird oft in dieser Gegend gesungen“, sagte Elisabeth.

„Ja“, sagte Erich, „es ist der Hirtenknabe; er treibt die Starken heim.“

Sie hörchten noch eine Weile, bis das Geläute oben hinter den Wirtschaftsbäuden verschwunden war. „Das sind Urklänge“, sagte Reinhard; „sie schlafen in Waldbesgründen; Gott weiß, wer sie geirunden hat.“

Er zog ein neues Blatt herans.

Es war schon dunkler geworden; ein roter Abendhimmel lag wie Schraun auf den Wäldern jenseits des Sees. Reinhard wollte das Blatt auf, Elisabeth legte an der einen Seite ihre Hand darauf und sah mit hinein. Dann las Reinhard:

„Meine Mutter hat's gewollt,
Den andern ich nehmen sollt;
Was ich zuvor befehlen;
Mein Herz sollt' es vergehen;
Das hat es nicht gewollt.“

Meine Mutter ha' ich an,
Sie hat nicht wohl getan;
Was sonst in Ehren Kunde,
Nun ist es worden Kunde.
Was sang' ich an!

Für all mein Stolz und Freud
Gewonnen hab' ich Leid.
Ach, wär' das nicht geschehen.
Ach, könnt' ich betteln gehen
Ueber die braune Heide!“

Während des Lesens hatte Reinhard ein unmerkliches Zittern des Papieres empfunden; als er zu Ende war, schob Elisabeth leise ihren Stuhl zurück und ging schweigend in den Garten hinab. Ein Blick der Mutter folgte ihr. Erich wollte nachgehen; doch die Mutter sagte: „Elisabeth hat draußen zu tun.“ So unterließ es.

Draußen aber legte sich der Abend mehr und mehr über Garten und See, die Nachtschmetterlinge schlossen jurend an den offenen Türen vorüber, durch welche der Duft der Blumen und Gesträuche immer stärker hereindrang; vom Wasser herauf kam das Weidrei der Frösche, unter den Fenstern schlug eine Nachtigall, tiefer im Garten eine andere; der Mond sah über die Wälder. Reinhard blickte noch eine Weile auf die Stelle, wo Elisabeth seine Gestalt zwischen den Laubgängen verschwunden war; dann rollte er sein Manuskript zusammen, arriete die Anwesenden und ging durchs Haus an das Wasser hinab.

Die Wälder standen schweigend und waren ihr Dunkel weit auf den See hinaus, während die Mitte desselben in schwüler Mondesbämmerung lag. Mitunter schauerte ein leises Säufeln durch die Bäume; aber es war kein Wind, es war nur das Atmen der Sommernacht. Reinhard ging immer am Ufer entlang. Einen Steinwurf vom Lande konnte er eine weiße Wasserlilie erkennen. Auf einmal wandelte ihn die Luft an, sie in der Nähe zu sehen; er warf seine Kleider ab und stieg ins Wasser. Es war flach, scharfe Pflanzen und Steine schnitten ihn an den Füßen, und er kam immer nicht in die zum Schwimmen nötige Tiefe. Dann war es plötzlich unter ihm weg, die Wasser quixten über ihm zusammen, und es dauerte eine Zeitlang, ehe er wieder auf die Oberfläche kam. Nun regte er Hand und Fuß und schwamm im

Stimmung des Verbandsbeirates sollen die Kollegen Sichert-Stettin und Reinhold-Breslau angestellt werden.

Das auf dem Verbandstag beschlossene neue Statut wird nach Vornahme einiger reaktioneller Korrekturen in einer Auflage von 80 000 ohne Umschlag in Druck gegeben.

Die neuen statutarischen Bestimmungen in bezug auf die Beitragsätze treten mit der 40. Beitragswoche in Kraft. Das Geschäftsjahr schließt mit der 52. Woche ab. Eine entsprechende Bekanntmachung erfolgt in der „Solidarität“.

Das Verbandstagsprotokoll soll wörtlich nach dem Stenogramm in Druck gegeben und in einer Auflage von 500 Exemplaren hergestellt werden. Entsprechend der Zahl der Bestellungen wird die Auflage eventuell erhöht.

Nach Erledigung einer Reihe Lohn-, Tarif- und interner Verbandsangelegenheiten wurde eine Notstandsunterstützung bewilligt und zwei Anträge auf Uebernahme von Verwaltungsaufgaben und entstandener Mantos unter Hinweis auf die den Zahlstellen verbleibenden Verwaltungskosten abgelehnt.

Nach Erstattung einiger Berichte und Erledigung von Anfragen wurde die Sitzung um 1/8 Uhr abends geschlossen.

Das Existenzminimum im August 1920.

Von Dr. H. Kuczyński, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die Kosten des Existenzminimums unterliegen seit einigen Monaten erheblichen Schwankungen. Nachdem sie bis zum Mai andauernd gestiegen waren, sind sie im Juni bedeutend gesunken, im Juli wieder etwas gestiegen und im August wieder etwas gefallen. Daß die Entwicklung so sprunghaft verläuft, beruht vor allem darauf, daß die Wirkungen des Preisabbaus für Kleider, Wäsche und Schuhwerk infolge der Unregelmäßigkeit in der Kartoffelbelieferung und infolge der Einführung des Steuerabzugs nicht voll zur Geltung kommen konnten. Um geringsten waren die Veränderungen in den Preisen der rationierten Nahrungsmittel. Sie waren nach wie vor sehr teuer. Im August 1920 kostete in Groß-Berlin Milch 9mal soviel wie vor sieben Jahren, Brot 10mal soviel, Kartoffeln und Butter 14mal soviel, Zucker 16mal soviel, Schmalz 2mal soviel. Beiränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf das Dreizehnfache. In den vier Wochen vom 2. bis 29. August wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Aug. 1920 Pf.	Preis Aug. 1913 Pf.
7600 g Brot	1800	189
1235 g Nahrungsmittel	615	61
125 g Linen	88	5
125 g Haferflocken	490	30
13000 g Kartoffeln	1125	80
1000 g Fleisch	1860	190
80 g Butter	300	21
750 g Schmalz	2640	111
1075 g Zucker	850	52
500 g Marmelade, Stunthönig	590	30
	10298	769

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 102,98 Mk. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 7,69 Mk. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 11 900 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie ein Kind von sechs bis zehn Jahren benötigt. Man wird also das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin auf 24 Mk. ansetzen können. Eine Frau braucht etwa $7 \times 2400 = 16 800$ Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von $16 800 - 11 900 = 4 900$ Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie am billigsten tun, indem sie sich noch 2 Pfund Kartoffeln für 0,90 Mk., 1 1/2 Pfund Graupen für 3,— Mk., 1 Pfund weiße Bohnen für 2,70 Mk. und 3 Pfund Gemüse für 1,50 Mk. verschafft. Ihr wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel hätte also 32,— Mk. gekostet. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa $7 \times 3000 = 21 000$ Kalorien. Die 4200 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von noch 5 Pfund Gemüse für 2,50 Mk., 1 Pfund Reis für 6,45 Mk. und 1/2 Pfund Margarine für 5,65 Mk. Sein wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa 47,— Mk. kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit 127,— Mk. wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Pentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9,— Mk., für Heizung 14,90 Mk., für Beleuchtung 6,— Mk.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 30 Mk., Frau 20 Mk., Kind 10 Mk.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehl., Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 1/3 machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den August 1920 in Groß-Berlin:

	Mk.	Mk.	Mk.
Ernährung	47	79	127
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	21	21	21
Bekleidung	30	50	70
Sonstiges	36	53	76
	143	212	303

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinlebenden Mann 24 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 35 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 50 Mk. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 7450 Mk., für das kinderlose Ehepaar 11 050 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 15 800 Mk.

Vom August 1913 bis zum August 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,80 Mk. auf 143 Mk., d. h. auf das 8,5fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,35 Mk. auf 212 Mk., d. h. auf das 9,5fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,85 Mk. auf 303 Mk., d. h. auf das 10,5fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 10 bis 11 Pf. wert. (Am Juli war die Mark 9 bis 10 Pf., im Juni 10 bis 11 Pf., im Mai und April 8 bis 9 Pf., im März 9 bis 10 Pf., im Februar 12 Pf. wert gewesen.)

Aus unseren Zahlstellen.

Berlin. In der am 12. August stattgefundenen Mitgliederversammlung gab Kollege Moth bekannt, daß die Kollegen Paul Hellwig, Karl Segebrecht, Wilhelm Jahn, Karl Odenfeld, Artur Heede und die Kolleginnen Bija Grothe, Berta Spurr ver-

storben sind, deren Andenken von der Versammlung in der üblichen Weise geehrt wurde. Sodann erstattete Kollege Kraas einen einhalbstündigen Bericht über den Frankfurter Verbandstag. Er kritisierte dessen Zusammenziehung und die Haltung der nicht zur Opposition gehörenden Delegierten, sowie die gefaßten Beschlüsse und Resolutionen. Insbesondere wandte er sich gegen den Beschluß, daß in Zukunft der Verbandsvorstand aus Kollegen mehrerer Zahlstellen zusammengesetzt sein soll. Die Kosten für eine Sitzung würden sich auf 12—13 000 Mk. belaufen. (Diese Ziffern stellen glatt eine „nur“ 25fache Uebertreibung dar. Red.) Dagegen soll Berlin entgegen dem Willen seiner Delegierten die Revisions- und Redaktionskommission wählen. Weiter wurde ein Beirat geschaffen, der eine demokratische Einrichtung sein sollte, jetzt aber ein ungeredetes reaktionäres Gebilde darstellt. In Zukunft werden die Verbandstage eine andere Zusammenziehung zeigen, da je 100 Mitglieder einen Delegierten wählen. Hier mußten wir die Tatsache hinnehmen, daß auch die Gauleiter Sitz und Stimme haben. In der Gehaltsfrage ist eine Besserung gegen früher eingetreten, aber von Gleichberechtigung ist keine Rede. Nach diesem Bericht wurde der Versammlung folgende Resolution vorgelegt:

„Die am 12. August im Gewerkschaftshaus verjammelte graphische Hilfsarbeiterchaft der Zahlstelle Berlin hat die Berichte der Delegierten vom Verbandstag entgegengenommen. Die Verjammelten haben mit Entrüstung die Art und Weise, mit der die Berliner Delegierten als „sogenannte Opposition“ von dem Vorsitzenden und dem größten Teil der Delegierten während der Tagung behandelt wurden, festgestellt und drücken darüber ihr größtes Mißfallen aus. Diese Handlungsweisen tragen nicht dazu bei, die Arbeiterchaft innerhalb des Verbandes fester zusammenzuschließen. Ferner verurteilt die Versammlung die rückständige Gefinnung der Verbandsleitung und eines großen Teiles der Delegierten, die infolge ihrer Nutzlosigkeit der gesamten Kollegenchaft des Verbandes großen Schaden zugefügt und ihnen einen großen Teil ihrer demokratischen Rechte genommen hat. Die Tagung des Verbandstages hat ferner bewiesen, daß unsere Verbandsleitung und ein gewisser Teil der Delegierten noch nichts von der neuen Zeit gelernt haben, so daß die geleistete Arbeit des Verbandstages, verglichen mit der Zahl der Delegierten und der Höhe der Kosten nur eine halbe zu nennen ist. In fernerer Berücksichtigung der Tatsache, daß Berlin von der Beschickung des Verbandsvorstandes infolge ihrer oppositionellen Haltung vom Verbandstag ausgeschlossen wurde, wodurch zum Ausdruck gebracht ist, daß eine Vertretung Berlins in wichtigen Verbandsvertretungen nicht gewünscht wird, lehnt es die gesamte Berliner Kollegenchaft ab, die Delegierten für die Revisions- und Redaktionskommission zu wählen, bis vernünftige Verhältnisse innerhalb der Verbandsleitung Platzgegriffen haben. Im allgemeinen spricht die Versammlung den Delegierten für ihre Haltung zur Reichstarrivolistik, zu der sie sich im ablehnenden Sinne geäußert haben, ihr vollstes Vertrauen aus. In der grundsätzlich ablehnenden Stellung der Mitgliederchaft Berlins gegenüber dem Reichstarrivolisten ändert auch die Tatsache nichts, daß die beiden Bevollmächtigten für die Resolution der Tarifgemeinschaften stimmten. Um allem erneuten Zweifel zu begegnen, versichert die Mitgliederchaft Berlins, daß sie nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes und der Resolution der Berliner Gewerkschaftskommission steht. Zum Schluß begrüßt auch die Kollegenchaft die Arbeiter der Opposition im Sinne des Kampfes für Wahrheit und Recht und gelobt auch fernerhin, diese Opposition in ihrem Wirken mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.“

In der Diskussion wandte sich Kollege Strummerei gegen die letztgenannten Gehaltsätze, die eine Arbeiteraristokratie herausbilden. Kollege Moritz führte die Mißerfolge der Opposition auf die Ueberschätzung ihrer Kraft zurück, vor der er für die Zukunft warnt. Für den nächsten Verbandstag müssen wir besser vorarbeiten, die Vorteile prüfen und nicht mit dem dicken Kopf durch die Wand rennen wollen. Er fand die vorgeschlagene Resolution für zu schwach und empfahl die Bekämpfung der Revisions- und Redaktionskommission, weil es ein Fehler wäre, auf die Klassenverhältnisse keinen Einfluß zu nehmen. Kollege Moth schloß sich im wesentlichen der Auffassung Moritz an, da es keinen Wert hat, auf den zum Verbandstag mitgebrachten Meinungen bestehen zu bleiben. Nicht bloß bei der Frage Tarif- und Lohnbewegungen ist in dieser Beziehung viel gesündigt worden, sondern auch bei der Behandlung anderer Gegenstände. Es war falsch,

Preise umher, bis er sich bewußt geworden, von wo er hineingegangen war. Bald sah er auch die Vögel wieder; sie lag einam zwischen den großen blanken Blättern. — Er schwamm langsam hinaus und hob mitunter die Arme aus dem Wasser, daß die herabrieselnden Tropfen im Mondlicht blühten; aber es war, als ob die Entfernung zwischen ihm und der Blume dieselbe bliebe; nur das Ufer lag, wenn er sich umblühte, in immer ungewisserem Dunst hinter ihm. Er gab indes sein Unternehmen nicht auf, sondern schwamm rüstig in derselben Richtung fort. Endlich war er der Blume so nahe gekommen, daß er die silbernen Blätter deutlich im Mondlicht unterscheiden konnte; zugleich aber fühlte er sich wie in einem Rebe verstrickt; die glatten Stengel langten vom Grunde herauf und rankten sich an seine nackten Glieder. Das unbekannte Wasser lag so schwarz um ihn her, hinter sich hörte er das Springen eines Fisches; es wurde ihm plötzlich so unheimlich in dem fremden Elemente, daß er mit Gewalt das Gestrick der Pflanzen aerris und in atemloser Hast dem Lande aufschwamm. Als er von hier auf den See zurückblickte, lag die Vögel wie zuvor fern und einsam über der dunklen Tiefe. — Er kleidete sich an und ging langsam nach Hause zurück. Als er aus dem Garten in den Saal trat, fand er Erich und die Mutter in den Vorbereitungen einer kleinen Geschäftsreise, welche am andern Tage vor sich geben sollte.

„Wo sind denn Sie so spät in der Nacht gewesen?“ rief ihm die Mutter entgegen.

„Ich?“ erwiderte er; „ich wollte die Wasserlilie besuchen; es ist aber nichts daraus geworden.“

„Das versteht wieder einmal kein Mensch!“ sagte Erich. „Was tausend hattest du denn mit der Wasserlilie zu tun?“

„Ich habe sie früher einmal getannt,“ sagte Reinhard; „es ist aber schon lange her.“

(Schluß folgt.)

daß die Opposition als geschlossene Fraktion austrat und damit ein Trennungsschritt zwischen den Delegierten gezogen wurde. Mit den beiden Berliner Bevollmächtigten haben auch Leipzig und Dresden für die Tarifresolution gestimmt, weil uns die Taktik höher steht als die Berliner Grundlagen. Die Resolution hat mit den Arbeitsgemeinschaften nichts zu tun. Es muß den Bevollmächtigten, die die Verantwortung zu tragen haben, gestattet sein, ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu geben. Es steht fest, daß jeder sein Möglichstes getan hat, das Beste für Berlin herauszuholen. Nach dem Schlußwort des Kollegen Kraus wurde die Resolution gegen eine Stimme angenommen. Dadurch erledigte sich die Wahl der Mitglieder für die genannten beiden Kommissionen. Ein Antrag, konsequenterweise auch die Wahl eines Beiratsmitgliedes zu unterlassen, wurde abgelehnt und als einziger Kandidat hierzu Kollege Arummrei aufgestellt.

Gingegangene Druckschriften.

In seinem Buche „Anjänge der Demokratie in England“ (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Kreis 4.—M.) gibt A. Conrady einen fesselnden Ueberblick über das Werden der Demokratie in England. Das Werk ist um so mehr der Beachtung wert, als die Folgen des Krieges aufzeigen, daß weder staats- noch wirtschaftspolitische Macht- und Zwangsmittel, wie sie von

den alliierten Volksbeglückern in reichlichem Maße angewandt werden, instande sind, die elementarste aller Kräfte, den Freiheitsdrang, zu brechen.

Abrechnungen.

Gau V: Dresden 23 691,61.
 Gau Leipzig: 70 885,90.
 Gau 7: Brandenburg 1627,15, Breslau 9955,45,
 Cottbus 958,45, Danzig 3443,37, Eberswalde 1048,16,
 Elbing 733,40, Forst 442,90, Frankfurt a. O. 1509,98,
 Friedland 376,71, Glatz 195,08, Glogau 1527,24,
 Görlitz 1897,40, Grünberg 152,55, Guben 237,92,
 Strichberg 334,99, Königsberg 5472,63, Liegnitz
 785,22, Memel 357,68, Neubamm 637,84, Neuruppin
 341,70, Potsdam 1325,59, Sorau 517,25, Spanbau
 435,74, Stargard 277,30, Stettin 4526,13, Tilsit
 735,85, Waldenburg 955,90, Zossen 834,70, Einzel-
 zahlter 689,63 M. S. L o b a h l.

Anserem lieben Kollegen Louis Grein
 die herzlichsten Glückwünsche
 zur silbernen Hochzeit.
 Zahlstelle Ahrensleben.

Anserem Gauleiter Kollegen Raß
 nebst Gemahlin
 die herzlichsten Glückwünsche
 zur silbernen Hochzeit.
 Glückauf zur goldenen Hochzeit!
 Zahlstelle Darmstadt.

Nachruf.
 Am 13 August verstarb nach kurzer,
 schwerer Krankheit unsere liebe Kollegin
Martha Eggers
 geb. Hundt
 im Alter von 26 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt der
 Verstorbenen
 Die Mitgliedschaft der
 Zahlstelle Kiel.

Kassenbericht vom 1. Quartal 1920.

Die Einnahmen des Verbandes betragen im 1. Quartal 1920 441 649,31 M. gegen 367 053,86 M. im 4. Quartal 1919. Sie haben mithin eine Steigerung von 74 590 M. erfahren. Die Ausgaben, die im 4. Quartal 219 250,91 M. ausmachten, sind im 1. Quartal auf 388 491,20 M. gestiegen, demnach um 169 240,29 M., so daß ein Ueberschuß von 53 158,11 M. verblieben ist gegen 147 807,95 M.

Die gesamten Unterstützungen sind gegen das 4. Quartal um 52 661,05 M. höher geworden, sie betragen für Arbeitslose 10 674,77 M., für Kranke 21 862,50 M., für Streikende 82 736,20 M., für Gemahregelte 174,— M., für Rechtschutz 271,30 M., sonstige Unterstützungen 2177,70 M., zusammen 117 896,47 M.

Für Agitation sind vom Vorstand 87,40 M., von den Zahlstellen 999,36 M. und von den Gauleitern 14 618,82 M., zusammen 15 705,58 M. verausgabt gegen 7262,71 M. im vorigen Quartal.

Die „Solidarität“ erforderte für Druck und Expedition 80 372,65 M., Gehalt des Redakteurs 3675,— M., für Mitarbeit 339,— M. und sonstige

Ausgaben 46,45 M., zusammen 84 433,10 M. gegen 35 697,80 M. im 4. Quartal.

Die Verwaltungskosten im Verbandsbureau stellen sich für Miete, Reinigung, Beleuchtung, Telefon usw. auf 1500,81 M., für Schreibmaterial, Bureauöbel usw. auf 5779,20 M., für Bort 420,60 M. und für Sitzungen auf 512,— M., im Ganzen auf 8212,61 M. gegen 4341,87 M. In den Zahlstellen betragen die Prozente 30 176,87 M., die sonstigen Unkosten 788,70 M., zusammen 30 965,57 M. gegen 26 563,01 M. im 4. Quartal.

Für Kranken-, Angestellten- und Invalidenversicherung verausgabte der Vorstand 1416,19 M. und die Zahlstellen 2941,75 M., zusammen 4357,94 M. gegen 3975,95 M.

Gehälter und Entschädigungen sind aus der Hauptkasse 5200,— M. und in den Zahlstellen 76 237,59 M., zusammen 81 437,59 M. gegen 56 985,69 M. im vorigen Quartal ausgegeben.

Kongress- und Reisekosten erforderten: Gauleiterkonferenzen 5963,— M., Besichtigung von Verbandstagen 2203,10 M. und sonstige Reisen des Vorstandes innerhalb des Verbandes

1170,80 M., zusammen 9336,90 M. gegen 1215,60 M. Dazu kommen dann noch Tarif- und Lohnbewegungen mit 2138,50 M. Die Druckkosten betragen für Mitgliedsbücher, Kartotekarten und Aufnahmescheine und Statuten 12 000 M., für Formulare 8312,50 M. und für Druittungsmarken 1433,— M., zusammen 21 745,50 M. gegen 5361,40 M.

Dann wurden noch verausgabt an Beiträgen an den Gewerkschaftsbund 2040,— M., an die Arbeitsgemeinschaft und den Graphischen Bund 265,— M., zusammen 2305,— M., für Literatur 540,50 M. und an Vorhüssen, die den Zahlstellen verblieben, 9415,88 M.

An Mitgliedern zählten wir am Schlusse des 4. Quartals 36 266 und am Schlusse des 1. Quartals 40 807 Mitglieder, davon 12 980 männliche und 27 827 weibliche Mitglieder, so daß wir 4541 Mitglieder gewonnen haben.

Davon meldeten sich 5629 männliche mit 39 920 Tagen und 7614 weibliche mit 50 090 Tagen, zusammen 13 243 Mitglieder mit 90 010 Tagen arbeitslos. Krank waren 1118 männliche an 13 013 Tagen und 2889 weibliche an 57 098 Tagen, zusammen 3907 Mitglieder an 70 121 Tagen.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse vom 1. April bis 30. Juni 1920.

Einnahmen		Mark	Pf.	Ausgaben		Mark	Pf.
An Eintrittsgeld: 109 Marken à 40 Pfg.	43,60 M.			Per Unterstützungen	117 896	47	
„ „ 119 „ „ 50 „	59,50 „			„ Agitationskosten	15 705	58	
„ „ 450 „ „ 60 „	270,— „			„ Druck, Expedition und Redaktion der „Solidarität“	84 433	10	
„ „ 1080 „ „ 70 „	756,— „			„ Verwaltungsausgaben des Vorstandes	8 212	61	
„ „ 2595 „ „ 90 „	2 335,50 „	5 570	60	„ Verwaltungsausgaben der Zahlstellen	30 965	57	
„ „ 2106 „ „ 100 „	2 106,— „			„ Literatur	540	56	
„ Beiträgen: 3136 Marken à 40 Pfg.	1 254,40 M.			„ Kranken-, Angestellten- und Invaliden-Versicherung	4 357	94	
„ „ 5417 „ „ 50 „	2 708,50 „			„ Kongress- und Reisekosten	9 336	90	
„ „ 16 933 „ „ 60 „	10 759,80 „			„ Tarif- und Lohnbewegungen	2 138	50	
„ „ 48 270 „ „ 70 „	32 389,— „			„ Gehälter und Entschädigungen	81 437	59	
„ „ 174 548 „ „ 90 „	157 091,40 „			„ Beiträge an den Gewerkschaftsbund u.	2 305	—	
„ „ 204 069 „ „ 100 „	204 069,— „	408 272	10	„ Zuschüsse an die Zahlstellen	9 415	88	
„ 2303 Beiträgen à 10 Pf. für vorläufig abgemeldete Mitglieder			286	„ Druckkosten	21 745	50	
„ nachgezahlten Extrabeiträgen			15				
„ Rinsen, Inseraten, u.			3 382				
„ Nachzahlungen			5 821				
„ verrechneten Vorhüssen			18 300				
Summa		441 649	31	Summa	388 491	20	

Heinrich Sobahl, Verbandskassierer.

Vorstehende Abrechnung ist auf ihre Uebereinstimmung mit den Büchern, Belegen und mit der Kasse geprüft und in Ordnung gefunden.
 Berlin, den 6. September 1920.

Die Revisionskommission: Karl Schabrod, Marie Raup, Karl Mollenhauer,
 E. Bucher, 1. Vorsitzender.

Verantwortlich für die Redaktion und Verlag: F. B. C. Bucher, Berlin NW. 18, Elbingerstr. 18 III. Telefon: Amt Köpenick, Nr. 3882.
 Druck: Georg Eichler, Berlin SW. 16, Schimidstraße 24/25. Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 4045.